



Bildungsergebnisse in Coronazeiten

Ein besonders schweres Schuljahr neigt sich für Schüler, Eltern und Lehrer dem Ende entgegen. Homeschooling, Wechselunterricht und vor allem viele Ausfallstunden und Kürzungen im Unterrichtsstoff brachten alle Betroffenen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Gut hatten es die Jungen und Mädchen, die einen eigenen Arbeitsplatz mit PC und die nötige Unterstützung der Eltern zu Hause hatten. Oft sind es die gut strukturierten Familien, bei denen sich die Probleme in Grenzen hielten.

Aber vielen Kindern und Jugendlichen fiel es schwer, den Tag sich so einzuteilen, wie der Unterricht stattfinden sollte. Materielle Hilfe konnte man sich in der Schule holen. So wurden Laptops ausgeliehen, Schulclouds aktualisiert und auch Materialien zugeschickt. Wem das Lernen aber schwerfällt, der hatte auch Mühe sich zu motivieren, an die Arbeit zu gehen. Ohne Hilfe war das für manche Schüler schier unmöglich. Wenn der Drucker fehlt, muss man alles abschreiben, und Spielen am PC macht sowieso mehr Spaß. Darüber haben einige die Zeit und sich selbst vergessen.

Nun steht das Schuljahresende vor der Tür, und es wird mehr schlechte Noten auf den Zeugnissen geben als in den vergangenen Jahren. Viele Schüler werden das eigentliche Ziel ihrer Klassenstufe nicht erreichen, aber auch in den darunterliegenden Klassenstufen ist nicht so viel Platz, um alle Wiederholer, freiwillig oder auch nicht, aufnehmen zu können. In den jetzigen 9. Klassen, die den untersten Schulabschluss bekommen könnten, werden voraussichtlich 15 bis 20 % der Schüler dieses Ziel nicht erreichen.

Das Ministerium verweigert die Eröffnung zusätzlicher Klassen, aber mehr als 30 Schüler gehen halt nicht in einen Raum. Es wird wohl oder übel einen Ausgleich zwischen den verschiedenen weiterführenden Schulen geben müssen, denn auch Fachlehrer fallen nicht vom Himmel. Die Situation ist angespannt. Die Schulen arbeiten fieberhaft an der Lösung der Problematik. Für die Gesamtschule könnte damit der Kursunterricht in einen binnendifferenzierten Unterricht umgewandelt werden. Das heißt, es gibt keine räumlich getrennten Grund- und Erweiterungskurse mehr, sondern beide Kurse werden von einem Lehrer gleichzeitig unterrichtet. Darunter leidet natürlich auch die Qualität. Trotz aller Widrigkeiten haben Schüler, Lehrer und auch Eltern viel Kraft investiert, um den

Unterricht so gut wie nur möglich zu gestalten und Wissen und Kenntnisse zu vermitteln. Übrigens gibt es auch Schüler, die über sich hinaus wuchsen und bessere Leistungen erbrachten als je zuvor. Das stimmt uns auch vorsichtig optimistisch.

Aus dem Inhalt:

Bildungsergebnisse in Coronazeiten	S.1
Zukunft sichern durch Ausbildung	S.2
Kinderrechte in Deutschland	S.3
Gedanken zum 80. Jahrestag des	S.4
Überfalls auf die Sowjetunion	S.5
Aus der Bundestagsfraktion: Gute	S.6
Arbeit abgesichert, Kurz und knapp	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Fazit:

Wir werden einige Jahre brauchen um die Defizite, die durch Corona und den Organisationsmangel im Bildungswesen entstanden sind, zu beseitigen. Das wird als gesamtgesellschaftliches Problem zu lösen sein.

Jetzt Zukunft sichern, in Ausbildung investieren!



Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung (2021, S.6) interessieren sich 77 Prozent der befragten jungen Menschen für eine Berufsausbildung, gleichzeitig sind 71 Prozent der Meinung, es gebe nur schlechte Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Das deutet auf eine alarmierende Verunsicherung der jungen Menschen hin.

Sind die Ausbildungsplatzzahlen in der Finanzkrise abgesackt und auf niedrigem Niveau verblieben, ist nach der Corona-Krise ein weiterer Schwund an Ausbildungsplätzen zu befürchten. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und Unternehmen in Deutschland, vormals lange bei 24 Prozent, lässt seit Jahren spürbar nach: 2019 lag die Ausbildungsbetriebsquote nur noch bei 19,6 Prozent. In 2020 wurden 57.500 (-11 Prozent) weniger Ausbildungsverträge neu abgeschlossen als noch im Jahr davor. Damit fiel die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge erstmals auf einen historischen Tiefstand von unter 500.000. Betriebe und Unternehmen haben in 2020 51.300 (-9,1 Prozent) weniger Ausbildungsplätze als im Vorjahr zur Verfügung gestellt (Datenreport 2021, S. 9-10).

Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE habe die Förderung der Verbundausbildung Ende April 2021 bislang 60 neue Ausbildungsplätze erbracht. Die außerbetriebliche Ausbildung sei rückläufig, daher sehe die Bundesregierung keinen Anlass gegenzusteuern. Der Mangel an Ausbildungsplätzen hat jedoch seit Jahren eine negative Wirkung auf die Ausbildungschancen von Hauptschulabsolvent/innen und junge Ausbildungsplatzbewerber/innen mit Migrationshintergrund. Durch das weitere Absacken des Ausbildungsplatzangebots verschärft sich das Risiko dieser Zielgruppen auf Teilhabe an einer vollqualifizierenden Berufsausbildung. So betrug beispielsweise bei den 20- bis 34-jährigen Migrantinnen und Migranten mit eigener Migrationserfahrung die Quote der nicht formal Qualifizierten 33 Prozent (2019). (Datenreport 2021, S. 10-11)

Die Ausbildungsförderung des Bundes bei außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen ist seit Jahren stark rückläufig. So wurden im Jahr 2009 noch knapp 46.000 Jugendliche gefördert (vgl. BIBB: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2020, Bonn 2020, S. 5). Laut aktuellem BIBB Datenreport sind die außerbetrieblichen Ausbildungsplätze nur leicht gestiegen (2021, S. 9): Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der außerbetrieblichen Ausbildung 2020 erhöhte sich nun um 500 (+3,6 Prozent) auf 14.900.

Im Gegensatz dazu kann nur die schulische Berufsausbildung im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen eine positive Entwicklung verzeichnen, mit einem Anstieg von 2,7 Prozent in 2020 im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt haben rund 228.300 junge Menschen in 2020 eine schulische Ausbildung begonnen. Mit 193.500 Anfängerinnen und Anfängern macht der Anteil der Berufe im Gesundheits- und Erziehungswesen den größten Anteil aus (Datenreport 2021, S.175). Umso skandalöser sind die ungleichen Ausbildungsbedingungen in den Gesundheitsfachberufen und im Beruf Erzieher/in. Besonderes Manko ist die fehlende Ausbildungsvergütung, die trotz enormem Fachkräftebedarf und Interesse der jungen Menschen, sie davon abhält diese Berufe zu ergreifen.

Birke Bull-Bischoff, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag fordert anlässlich des Berufsbildungsberichts 2021 im Bildungsausschuss:

Ein Recht auf Ausbildung (Ausbildungsgarantie) für Ausbildungsperspektiven und gesellschaftliche Teilhabe der jungen Generation

Gesetzliche Ausbildungsfonds (Umlagefinanzierung), damit mehr Betriebe wieder Ausbildungsplätze bereitstellen, weil ausbildende und nicht-ausbildende Betriebe die Ausbildungskosten teilen

Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der außerbetrieblichen Ausbildung mit betrieblicher Übernahmeperspektive für unversorgte Bewerber/innen und Jugendliche mit Förderbedarf

Ausbildungsvergütung in Gesundheitsfachberufen und dem Beruf Erzieher/in durch bundeseinheitliche Berufsgesetze, um deren Ausbildungsbedingungen zu verbessern.

Newsletter der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Ausgabe 441, 10. Juni 2021



Koalition setzt Kinderrechte ab

Für die heutige Sitzung des Rechtsausschusses des Bundestages war ursprünglich die Behandlung der Kinderrechte-Geszentwürfe von LINKEN, Grünen und FDP geplant. Doch zur Überraschung der Oppositionsfractionen setzte die Koalition den Tagesordnungspunkt kurzerhand ab. Begründung: Man habe noch Beratungsbedarf. Worin dieser besteht, bleibt unklar. Erst gestern hatten Justizministerin Lambrecht und Unionsfraktionsvorsitzender Brinkhaus das Scheitern der Verhandlungen zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz eingeräumt.

Niema Movassat, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Rechtsausschuss, erklärt dazu: „Wir bedauern, dass die Koalition nicht willens ist, sich mit den demokratischen Fraktionen auf eine Formulierung der Kinderrechte im Grundgesetz zu einigen. Aber dass sie heute im Ausschuss auch noch die Abstimmung über die Geszentwürfe von LINKEN, Grünen und FDP verhindern will, ist ein Skandal und dem Parlament unwürdig.“

Norbert Müller, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, ergänzt: „Das Versprechen der Kanzlerin und ihrer Koalition, Kinderrechte im Grundgesetz zu stärken, ist nichts wert. Gerade die Union hatte nie vor, irgendeiner Grundgesetzänderung zuzustimmen und hat nur zum Schein verhandelt. Ich bin nur noch wütend über dieses Manöver auf dem Rücken der Kinder.“

Pressemitteilung von Norbert Müller,
Niema Movassat, 09. Juni 2021

Gedanken zum 80. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion und die wachsende Verantwortung von uns Deutschen für den Frieden in Europa

Viele Gedanken der unterschiedlichsten Art, angefangen bei Erinnerungen an herzliche Begegnungen während meiner Reise mit dem Freundschaftszug, über entstandene Freundschaften in Russland und Belarus bis hin zu schmerzlichen Gefühlen beim Besuch der Gedenkstätte in Chatyn, gingen mir für diesen Artikel durch den Kopf.

Sie alle endeten schließlich mit der Frage, wohin soll und wird die gegenwärtige Russland-Politik der EU und allen voran der deutschen Regierung führen, und was können wir Bürger tun, um dieser entstandenen brandgefährlichen Situation entgegenzuwirken?

Ich frage mich, haben die politisch Verantwortlichen vollkommen vergessen, dass der heimtückische Überfall von Nazideutschland unter Bruch des Nichtangriffspaktes am 22. Juni 1941 auf die Sowjetunion, 27 Millionen Menschen dieses Landes das Leben kostete, dass die Taktik der „verbrannten Erde“ zu riesigen materiellen Verlusten führte?

Auf meinen Reisen in den letzten 15 Jahren nach Belarus musste ich immer wieder erfahren, dass es keine Familie gibt, in der nicht Opfer dieses Krieges zu beklagen sind. Und dennoch haben sie unserer Generation, deren Väter und Großväter dieses unsägliche Leid über sie gebracht haben, die Hand zur Versöhnung gereicht. Das gilt nach meinen Erfahrungen auch besonders für russische Menschen.

Betrachtet man die gegenwärtige Politik gegenüber Russland, muss man leider feststellen, dass nicht wirklich Lehren aus diesem Krieg gezogen wurden. Im Gegenteil, die Beziehungen zwischen den führenden Politikern der EU, Deutschland und Russland verschlechtern sich zusehends, fast wöchentlich von einem Tiefpunkt zum nächsten. Sanktionen der verschiedensten Art im Handel, die ständigen Drohungen gegen Nordstream 2, der mögliche Ausschluss Russlands aus dem

Europarat schüren das "Säbelrasseln" und bauen systematisch ein „Feindbild Russland“ auf. Dies wird auch noch zudem durch die öffentlich-rechtlichen Medien forciert.

Feindbilder jedoch sind für ein friedliches Miteinander gänzlich ungeeignet, im Gegenteil: Sie können die Schwelle zur Gewaltbereitschaft bedrohlich senken. Die Gefahr einer militärischen Eskalation nimmt zu, und Entspannung ist nicht in Sicht.

In allen Generationen Russlands wächst zunehmend das Gefühl, dass der Westen und die NATO ihr Land bedrohen. Und das natürlich zu Recht, wenn unter anderem vor ihrer Haustür mit tausenden Soldaten gegenwärtig eines der größten Manöver „Europe Defender 21“ abgehalten wird. Militärisch erfolgte in den letzten Jahren eine direkte Einkreisung Russlands. Dabei ist das Gerede von der Bedrohung des Westens durch Russland schon allein durch den Vergleich der Verteidigungsausgaben z. B. für 2020 nicht haltbar:

NATO	1.035 Milliarden Dollar
USA	778 Milliarden Dollar
Russland	61,7 Milliarden Dollar

Bereits im März 2014 beklagte Putin in der Duma in Moskau: "Der Westen hat uns viele Male belogen, Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen, uns vor allem vor vollendete Tatsachen gestellt. Dies geschah mit der NATO-Erweiterung nach Osten sowie dem Aufbau von militärischer Infrastruktur an unseren Grenzen." Mit der NATO-Osterweiterung fanden sich Deutschland und Russland plötzlich auf unterschiedlichen Seiten wieder.

Der Wille zum echten Dialog fehlt schon seit Jahren. Der Westen misst mit zweierlei Maß gegenüber Russland, insbesondere zu seinem Präsidenten Putin.

Und im Nachhinein muss man sagen, dass der Beifall und die stehenden Ovationen der Bundestagsabgeordneten bei Putins Rede auf Deutsch am 25. September 2001 im Deutschen Bundestag sich in den folgenden Jahren nicht in partnerschaftlicher Arbeit widerspiegeln. Allein der Versuch, russische Interessen verstehen zu wollen, ohne sie auch immer unbedingt gut zu finden, wird diskreditiert und diese Menschen als „Russland-Versteher“ abwertend verurteilt.

Umso größer ist unsere Verantwortung als Zivilgesellschaft, bestehende berufliche und persönliche Kontakte zwischen russischen und deutschen Bürgern zu erhalten und vor schwindendem Vertrauen, welches über Jahrzehnte gewachsen ist, zu bewahren. Eine Entfremdung unserer Völker dürfen wir nicht zulassen. Städtepartnerschaften, Jugendaustausch oder auch Forschungsprojekte und Praktika für Studenten sind zu fördern. Gebaute Brücken zwischen unseren Ländern dürfen nicht abgerissen werden.

Dazu diene unter anderem auch der Russlandtag, der trotz des sich erneut anbahnenden kalten Krieges am 6. Juni in Rostock stattfand und durch das Land Mecklenburg-Vorpommern organisiert wurde. Auf diesem machte Mathias Platzeck nochmals deutlich, dass die jahrelange Sanktionspolitik der EU und Deutschlands ihr Ziel nicht erreicht hat, der Kreml sich davon unbeeindruckt zeigt, aber wir politisch vor einem Scherbenhaufen in den Beziehungen stehen. Deshalb ist es umso wichtiger, in diesen komplizierten Zeiten, bestehende Kontakte und Verbindungen nicht abubrechen.

Politische Probleme zwischen Staaten lassen sich nur im Dialog, mit Respekt und Achtung voneinander auf Augenhöhe lösen. Hier bewahrheitet sich die Aussage: „Arbeit an den Beziehungen mit Russland ist auch immer Arbeit an der Friedenssicherung.“ Gemeinsame Erinnerung und Versöhnung mit Russland bleibt auch für die nachfolgenden Generationen sehr wichtig, soll sich der 22. Juni 1941 nicht wiederholen. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland. Dazu müssen wir Linken im Kleinen wie im Großen beitragen.

Christa Dannehl

„Unsere tiefe Dankbarkeit gilt den Befreiern. Jedem völkischen Denken, jedem Antisemitismus müssen wir Tag für Tag entschieden entgegentreten.“

Klaus Lederer

Für die Russen ist der Tag des Sieges der wichtigste Feiertag im Jahr. Von Trauer ergriffen gedenken sie ihrer Angehörigen und Freunde, die in dem furchtbaren Krieg ihr Leben lassen mussten.

Angesichts der 27 Millionen Toten, die die Sowjetunion im vom Hitlerregime begonnenen beispiellosen Vernichtungskrieg zu beklagen hatte, ist es beschämend, dass es in der Bundesrepublik keine staatliche Gedenkveranstaltung aus Anlass des Überfalls vor 80 Jahren geben wird. Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus hatten im vergangenen Jahr die Bundeskanzlerin und der Bundespräsident noch Erklärungen abgegeben, allerdings ohne die Sowjetunion, Russland oder die Sowjetarmee auch nur einmal zu erwähnen.

Deutsche Erinnerungskultur in Bezug auf den Überfall auf die Sowjetunion verblasste schnell im Laufe des Kalten Krieges. Im Gleichschritt verschwand auch das Verantwortungsbewusstsein für die unzähligen Gräueltaten, die die Wehrmacht auf sowjetischem Territorium verübte.

Russland hat heute eine zentrale Funktion in der europäischen Landschaft, was den Frieden in Europa angeht. Denn auch in Europa ist die Kriegsgefahr noch längst nicht gebannt. Europa ist nach wie vor der Austragungsort für einen atomaren Krieg der Weltmächte. Russland ist darum ein zentraler politischer Faktor und Gesprächspartner. Europa braucht Russland, weil Konflikte gelöst werden müssen, bei denen es ohne Russland nicht geht.

Deutschland sollte zur Kenntnis nehmen, dass unser Grundgesetz nur bis zur deutschen Grenze gilt und nicht auf Russland übertragbar ist. Zu hoffen bleibt auch, dass die Herren der NATO, die Russland trotz des 8. Mai 1945 zum Feind erkorren haben, nicht von ihrer Arroganz geblendet werden und das reale Kräfteverhältnis richtig einschätzen können.

Monika Gohl



Gute Arbeit

Sozial abgesichert, gut entlohnt, mitbestimmt und tariflich ausgestaltet

Ein häufiger Vorwurf unserer politischen Gegner*innen ist, dass Forderungen der LINKEN realitätsfern seien – wir würden gar nicht auf die reale Arbeitswelt Rücksicht nehmen. Unsere Vorstellungen müsse man sich leisten können. In Zeiten der Krise brauche es ganz andere Antworten. Man befürchtet sogar, unser Weg würde in die Planwirtschaft führen. Dabei ist das, was wir fordern, die Ursprungsidee der sozialen Marktwirtschaft:

Gute Arbeit für alle – gut bezahlt, sicher und sozial abgesichert.

Wie würde also die Arbeitswelt aussehen, wenn unsere Forderungen Wirklichkeit werden würden?

Leiharbeit würde es nicht mehr geben. Über 700.000 Beschäftigte wären wieder bei den Unternehmen angestellt, bei dem sie auch tatsächlich arbeiten. Belegschaften wären nicht mehr gespalten und Leiharbeiter*innen würden nicht mehr darunter leiden, dass sie im Schnitt 1.418 € weniger verdienen als ihre festangestellten Kolleg*innen.

Sachgrundlose Befristungen wären ausgeschlossen. Beschäftigte hätten wieder Planungssicherheit für ihr berufliches und privates Leben. Sie müssten sich keine Sorgen machen, dass es ihnen ergeht, wie aktuell 280.000 befristet Beschäftigten, die in Krisenzeiten als erstes ihren Job verlieren, weil ihr Vertrag nicht verlängert wird.

Arbeit wäre armutsfest und existenzsichernd, und zwar während des Erwerbslebens und im Alter. Ein Mindestlohn von aktuell mindestens 12 Euro würde dies absichern. Eine jährliche Anpassung würde sicherstellen, dass der Mindestlohn seinen Zweck auch immer erfüllt.

Menschen würden durch ihre Arbeit nicht krank werden. Die Wochenhöchstarbeit wäre auf 40 Stunden begrenzt, so dass sich niemand übermäßigen Leistungsanforderungen ausgesetzt sieht. Die Arbeitszeit würde erfasst werden, so dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer fair miteinander abrechnen könnten und alle geleisteten Stunden auch bezahlt würden. Auch bei neuen Formen der Beschäftigung im Zeitalter der Digitalisierung würden wir dafür sorgen, dass Beschäftigte keines ihrer Rechte verlieren.

Die Gewerkschaften wären gestärkt und besser in der Lage für ihre Mitglieder faire Tarifverträge zu verhandeln. Betriebsräte gäbe es deutlich häufiger als heute, wo gerade einmal 9 Prozent aller möglichen Betriebe über eine gewählte Interessenvertretung ihrer Beschäftigten verfügen. Deren Mitbestimmungsrechte wollen wir außerdem deutlich stärken.

Ganz so unrealistisch können unsere Forderungen nicht sein. Bis vor 2004 war die Leiharbeit noch deutlich strenger reguliert. Damals waren gerade mal 280.000 Menschen als Zeitarbeiter*innen beschäftigt. Auch sachgrundlose Befristungen sind nicht der Normalzustand, es gibt sie erst seit 1985, und mittlerweile wollte selbst die Große Koalition sie einschränken. Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland erst seit Mitte der 1990er Jahre erheblich gewachsen. Mittlerweile arbeiten mehr als 20 Prozent aller Beschäftigten unterhalb der Niedriglohngrenze. Im EU-weiten Vergleich machen es 21 Staaten besser.

Gute Arbeit für Alle ist also weder realitätsfern noch gefährlich. Der Weg dorthin ist klar. Die vergangenen Bundesregierungen unter Union, SPD, FDP und Grüne haben ihn nicht beschritten. Nicht, weil sie es nicht konnten, sondern weil sie es nicht wollten. Sie taten es nicht, weil ihnen die Interessen der Unternehmen näher waren als die Interessen der Beschäftigten. Gute Arbeit bedeutet aber gerade, die Interessen der abhängig Beschäftigten vorne an zu stellen. Gute Arbeit wird es nur mit der LINKEN geben. Das ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der ökonomischen Vernunft.



Wortlaut von Susanne Ferschl
07. Juni 2021

Kurz und knapp

Newsletter der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Ausgabe 441, 10. Juni 2021

»Mieter, Pendlers und Familien bezahlen die Klimapolitik der Bundesregierung«, die an den Strukturen so gut wie nichts ändert, dafür den Leuten ins Portemonnaie greift und sich weigert, die großen Klimasünder in die Pflicht zu nehmen“, kritisiert Dietmar Bartsch. „Alternativen müssen her und billiger werden, statt Alternativloses immer teurer zu machen.“ Lorenz Gösta Beutin ergänzt: „Die neoliberale Klimapolitik der Bundeskanzlerin ist ungerecht und gescheitert. Es braucht einen Politikwechsel.“

Enteignung der Bevölkerungsmehrheit geht weiter

2.900 Ultrareichen in Deutschland gehören 20 Prozent des Gesamtvermögens. Sie verfügen über investierbares Vermögen von über 1,4 Billionen US-Dollar. „Gleichzeitig sind über 13 Millionen Menschen in Armut. Das ist das Ergebnis einer abartig unsozialen Politik von Schröder und Merkel in den letzten 20 Jahren. Es ist Zeit, für die Millionen Politik zu machen statt für die Millionäre“, kommentiert Amira Mohamed Ali. Auch Jan Korte fordert: „Vermögensabgabe und Vermögensteuer jetzt! Warum sollen Krankenpfleger und Paketbotinnen die Krise bezahlen, wenn andere es nicht mal merken würden? Während Union und FDP eine gerechte Besteuerung von Reichtum bekriegen, geht die Enteignung der Bevölkerungsmehrheit weiter.“

"Armuts- und Reichtumsbericht: Ein Weckruf umzusteuern"

sagt Katja Kipping. „Die Mitte schrumpft, Armut verfestigt sich. Die gute Nachricht lautet aber: Wir können etwas dagegen tun. Gegen soziale Spaltung hilft Umverteilung. Es ist höchste Zeit für soziale Garantien und gute Arbeit. Höchste Zeit für soziale Mehrheiten links von Union und FDP.“

»Das Vertrauen in die Bundesregierung ist aufgebraucht«

Zur Aufklärung des neuesten Maskenskandals um Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat die Linksfraktion eine Aktuelle Stunde beantragt. Jan Korte: „Die Bundesregierung steckt mitten in einer zweiten Maskenaffäre, und das Vertrauen in den Gesundheitsminister ist aufgebraucht. Dass die Kanzlerin ihn nicht entlässt, fällt auf die gesamte Bundesregierung zurück.“ Susanne Ferschl ergänzt: „Infektionsschutz zweiter Klasse für Obdachlose, Menschen mit Behinderung und Hartz-IV-Empfänger ist inakzeptabel! Nichts anderes war zu erwarten von einem Minister, dem der soziale Kompass fehlt.“

Termine/Arbeitsplan Stadtvorstand Schwedt, Stand: 17. Juni 2021

23.06.2021	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
23.06.2021	Treffen Kreisvorstand und Vorstand BO Schwedt	18:00 Uhr Geschäftsstelle Schwedt
01.07.2021	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle Schwedt
07.07.2021	Treffen mit der Bürgermeisterkandidatin Frau Hoppe	16:30 Uhr Parteienhaus Auguststraße 2 (s. u.)
05.08.2021	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle Schwedt
09.08.2021	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum R 207
30.08.2021	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum R 207
01.09.2021	Kranzniederlegung zum Weltfriedenstag	Zeit wird noch festgelegt
01.09.2021	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
02.09.2021	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle

Vorankündigung

In Vorbereitung der Bürgermeisterwahl in Schwedt ist für Mitglieder und Sympathisanten ein gemeinsames Treffen mit der Bürgermeisterkandidatin Frau Hoppe vorgesehen: 07.07.2021, 16:30 Uhr Parteienhaus Auguststraße 2. Genaue Räumlichkeit wird noch bekannt gegeben.

Vorstand der BO Schwedt DIE LINKE



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

11.07.2021	Lieselotte Köppen	zum 96. Geburtstag
19.08.2021	Ilse Nickel	zum 78. Geburtstag
19.08.2021	Ingeborg Zerbe	zum 68. Geburtstag
25.08.2021	Bernd Meyner	zum 73. Geburtstag
25.08.2021	Renate Meile	zum 69. Geburtstag
26.08.2021	Monika Gohl	zum 73. Geburtstag
28.08.2021	Sebastian Woitschach	zum 31. Geburtstag
05.09.2021	Jürgen Franz	zum 86. Geburtstag
05.09.2021	Christa Dannehl	zum 81. Geburtstag
08.09.2021	Hubert R. Weidemann	zum 23. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 04-2020: 16.08.2021

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
mind. 1x wöchentlich
dringende Angelegenheiten unter
Telefon 415810

Finanzen:

28.06.2021, 10 bis 12 Uhr
26.07.2021, 10 bis 12 Uhr
30.08.2021, 10 bis 12 Uhr
27.09.2021, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de